

02.03.2011 - 19:30 Uhr

Media Service: Kostenbombe für Krankenkassen

Zürich (ots) -

Kontrollen greifen zu wenig, und die Patienten sind oft ahnungslos. Auf dem Milliardenmarkt für Implantate schlummern enorme Risiken. Im Gegensatz zu Medikamenten fehlt die staatliche Zulassung. Das System der unabhängigen Prüfstellen versagt mitunter, und Hersteller machen Fehler.

Den Beweis liefert nicht nur die Affäre um schadhafte Brust-Implantate des französischen Herstellers PIP, von der in der Schweiz rund 280 Frauen betroffen sind. Wegen falscher Angaben auf Beipackzetteln, nicht fachgerechter Transporte, plötzlicher Materialbrüche oder starker Schmerzen von Patienten müssen jährlich Zigtausende künstliche Körperteile vom Markt genommen werden. Allein bei Hüftgelenken gab es in der Schweiz innerhalb von sieben Jahren zehn Rückrufaktionen. Oft erfolgen diese Massnahmen erst Jahre nach der Markteinführung. Müssen die Patienten erneut operiert werden, kostet dies die Versicherer viel Geld. Sogar bei missglückten Brustvergrösserungen müssen die Krankenkassen oft zahlen.

Heute werden allein bei künstlichen Hüft- und Kniegelenken schweizweit jährlich zirka 4700 bis 5300 Revisionsoperationen mit Gesamtkosten von je rund 50'197'000 Franken durchgeführt. Das verursacht einen Aufwand von bis zu 270 Millionen Franken pro Jahr. Dabei gäbe es eine einfache Methode, um die Revisionsraten bei Implantaten zu reduzieren: Mit einem nationalen Register könnten die Kosten für Nachoperationen mittelfristig halbiert werden. Peter Liniger, Geschäftsführer der Stiftung für Qualität in der Implantationsmedizin, spricht nur schon bei Hüft- und Knieprothesen von Einsparungen von jährlich zwischen 117 und 135 Millionen Franken. «Die Einführung eines Registers hat eine erzieherische Wirkung», erklärt Liniger. Der Experte stützt sich auf Erfahrungen in Schweden, wo es seit 20 Jahren eine zentrale Datenbank gibt. «Die dortigen Ergebnisse zeigen, dass mit einer Registrierung die Komplikationsrate innert sieben Jahren um rund 50 Prozent gesenkt werden kann.»

Eine zentrale Datenbank würde es erlauben, grosse Fallzahlen über einen langen Zeitraum zu beobachten. Es liessen sich die Revisionsraten von Modellen und Herstellern vergleichen. Man erhielte aber auch Informationen über den Erfolg von Operationsverfahren und die Häufigkeit von Komplikationen in Spitälern.

Eigentlich haben sich die Medizinaltechnikfirmen, die Gesellschaft für Orthopädie und Traumatologie und der Krankenkassenverband Santésuisse 2007 auf ein Register geeinigt. Anläufe gibt es auch in der Schönheitschirurgie. Um eine zentrale Datenbank - für die Schulterprothese bis zum Herzschrittmacher - national zu verankern, fehlt jedoch das Geld.

Druck könnte nun mit der neuen Spitalfinanzierung entstehen: Mit den geplanten Fallpauschalen gewinnen Kosten-Nutzen-Berechnungen für Kliniken und Krankenkassen an Gewicht. Jedes Mittel zum Sparen ist erwünscht.

Kontakt:

Handelszeitung Redaktion

043 444 59 00

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100620191> abgerufen werden.